

Die beiden Abgeordneten Christian Schmidt und Hans Herold ziehen eine Bilanz

# 2009 war „ein bewegtes Jahr“

Finanzkrise und die Bemühungen die Folgen abzumildern – Strukturförderung wichtig

**NEUSTADT (fla) – „Ein bewegtes Jahr liegt hinter uns.“ Diesen Satz bezogen Bundestagsabgeordneter Christian Schmidt und Landtagsabgeordneter Hans Herold (beide CSU) beim Jahresabschlussgespräch mit der FLZ auf ihr eigenes Erleben: Den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung forderte besonders das politische Erdbeben in Berlin nach dem Angriff auf die Tankfahrzeuge bei Kundus (Afghanistan), das Mitglied im Landtags-Haushaltsausschuss das Drama um die Verluste bei der Landesbank.**

Für Herold ist es ein Erfolg, dass der Nachtragshaushalt für 2010 ohne Kreditaufnahme abgegrenzt werden kann und dass trotz der Ausfälle bei den Steuereinnahmen in den Bereichen Bildung/Wirtschaft/Technologie Kürzungen vermieden werden könnten. Bei Polizei und Justiz werde es personelle Verbesserungen geben, was beispielsweise bei der schnellen Wiederbesetzung der Leitung der Neustädter Polizeiinspektion sichtbar geworden sei. Für die Kinderbetreuung gebe es zusätzliche Mittel (140 Millionen Euro), ebenso für den Straßenbau (14 Millionen). Der finanzielle Rahmen für die Städtebauförderung bleibe unverändert. Der Ausbau der Ganztagschulen werden fortgesetzt: Im Schuljahr 2010/11 kämen 100 Grund- und 100 Hauptschulen hinzu, ebenso je 40 Grund- und Hauptschulen im Förderbereich. Um fünf Millionen werde die Regionalförderung aufgestockt, das Schulobstprogramm der EU für die Schulklassen 1 bis 4 werde vom Frei-

staat zur Hälfte kofinanziert. Bei der Jugendsozialarbeit würden zusätzlich zu den bereits beschlossenen 44 Stellen weitere 56 Sozialpädagogen in die Förderung aufgenommen. Vom Strukturprogramm für Nürnberg/Fürth nach der Quelle-Insolvenz (105 Millionen) werde indirekt auch der Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim profitieren. Die Verlagerung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth bringe weitere 500 Arbeitsplätze.

Christian Schmidt zeigte sich erleichtert, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise in Westmittelfranken nicht so brutal durchschlage wie anderswo. Trotz der „Aneinanderreihung von unternehmerischen Fehlentscheidungen“ bei Quelle rechtfertigte Schmidt den vom Freistaat bereitgestellten 50-Millionen-Massekredit für das Drucken des Katalogs: „Ohne Katalog wäre alles vorbei gewesen. So bestand wenigstens noch eine Chance.“ Gelernt habe er daraus, dass direkte Förderung von Unternehmen durch den Staat die absolute Ausnahme bleiben müsse.

Angesichts der globalen Wirtschaftskrise sehen Schmidt und Herold durchaus Potenzial in der Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Hans Herold nannte hier die Etablierung eines Regionalmanagers beim Landkreis, der vom Freistaat mit 50 Prozent gefördert werde. CSU-Bezirksgeschäftsführer Peter Müller verwies auf einen parteiinternen Arbeitskreis, der sich, von Christian von Dobschütz (Diespeck) geführt, mit den wirtschaftlichen Perspektiven Mittelfrankens befasse.

Für den Landkreis sieht Schmidt durchaus Entwicklungschancen innerhalb der Metropolregion, in der es noch nicht geschafft habe, „einen Fuß in die Tür zu kriegen“. Für interessant hielt er den Vorschlag des Ansbacher IHK-Geschäftsstellenleiters Gerhard Fuchs, in Bad Windsheim einen „Gesundheits-Cluster“ (Verband mehrerer Betriebe) zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit der Strukturdiskussion um die Kreiskliniken empfahl Schmidt allen, die in der Region Verantwortung tragen, über die Feiertage ein Stück Buße zu tun und sich zu besinnen. Es hätte vermieden werden sollen, dass wieder ein Altkreisdenken wie 1972 aufkommt. Richtig sei, dass sehr starker wirtschaftlicher Druck auf den Kliniken laste. Doch nicht alle Kliniken hätten die gleichen Probleme wie im Landkreis. Für die Bad Windsheimer Klinik sah Schmidt durchaus noch gute Chancen, wobei er darauf hinwies, dass er im Hintergrund in dieser Angelegenheit viele Gespräche geführt habe, beispielsweise mit Verantwortlichen der Dr. Becker-Klinikgesellschaft (Betreiber der benachbarten Kiliani-Klinik). Wichtig sei, dass man vernünftig miteinander spreche und man aufeinander zugehe.

Weiter voran bringen wollen Schmidt und Herold den „Dauerbrenner Breitbandversorgung“. Am Fall Markt Nordheim wolle man durchexerzieren, was – unabhängig von DSL – an anderen technischen Möglichkeiten möglich sei, auf dem Land schnelles Internet zu ermöglichen. Hans Herold erinnerte an die Zielvorstellung des Ministerpräsidenten Horst Seeho-



Haben ein „bewegtes Jahr“ hinter sich: die CSU-Abgeordneten Christian Schmidt (links) und Hans Herold.  
Foto: Lauer

fer, bis 2011 alle weißen Flecken auf der Versorgungs-Landkarte beseitigt zu haben. Der Freistaat habe die Förderung pro Gemeinde auf 100 000 Euro verdoppelt.

Unter die Rubrik „Strukturförderung“ ordneten sie auch die nächstes Jahr erfolgende Einrichtung der Bahn-Haltepunkte Burgbernheim und Neustadt Mitte ein. Der Wunsch Langenfelds auf einen Haltepunkt werde dem Bundesverkehrsministerium vorgebracht. Beim Straßenbau will Hans Herold die Ortsumgehungen an der B 470 im Gespräch halten, erinnerte an die jüngst fertiggestellten und neu begonnenen Bauabschnitte an mehreren Staatsstraßen.

Für Schmidt und Herold ist die CSU nach wie vor der große Unterstützer der Landwirtschaft. Als Beleg dafür wurde das 750-Millionen-Unterstützungspa-

ket der Bundesregierung angeführt. Für den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan wünschte sich Schmidt, dass der zivilmilitärische Ansatz nicht hinten anstehen dürfe. In Verhandlung mit der afghanischen Regierung wolle man erreichen, dass das Land in punkto Sicherheit mehr Eigeninitiative entwickelt. Insgesamt werde die Bundeswehr nicht mehr Soldaten im Ausland haben, weil ihre Zahl in Bosnien und Kosovo reduziert werde.

Herold ist froh, dass nicht schon wieder Wahlen vor der Tür stehen. Nun habe er mehr Zeit, um im möglicherweise größten Stimmkreis Bayerns Präsenz zu zeigen. Eine große Herausforderung, aber auch Chance für die Hauptschulen sieht er in der Umsetzung der Mittelschule. Und im Landkreis gelte es, das Problem der Finanzierung des Schulzentrums zu lösen.